

5. EGP-Tagung, Liverpool
30. März bis 2. April 2017
Angenommener EGP-Beschluss



Zur Kernkraft

Im Rahmen dieses Beschlusses fordern wir den schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft in Europa und über seine Grenzen hinaus.

Gefahren und Gesundheit

- Kernkraftwerke sind besonders anfällig gegenüber menschlichem Versagen, Unterbrechung der Stromversorgung, Naturkatastrophen und Terroranschlägen.
- Die Katastrophen in Three Mile Island, Tschernobyl und Fukushima zeigten uns, dass Kernkraft unkontrollierbar ist und im schlimmsten Fall vergiftet und tötet.
- Die Frage der sicheren Entsorgung des Atommülls ist weiterhin ungeklärt und bedroht heutige und künftige Generationen. Verbrauchte Brennstäbe sind tödlich und werden es noch zahlreiche Generationen lang sein.
- Der Abbau von Uran, das als Brennstoff in Kernkraftwerken genutzt wird, zerstört Landstriche und erzeugt langanhaltende Probleme mit Stabilisierung und Wiederherstellung des Abbauorts sowie Entsorgung des Uranabfalls und gefährdet die Gesundheit der Beschäftigten und Bewohner (meist Ureinwohner) solcher Gebiete.
- Kernkraftwerke steigern das Risiko der Entwicklung und Verbreitung von Atomwaffen.

Kosten und Investitionen

- Die für die Kernkraft geschätzten Kosten berücksichtigen nicht die Kosten für Atomkraftunfälle, weder heute noch in der Zukunft.
- Aus amortisierten Reaktoren gewonnener Atomstrom ist ein gewinnbringendes Geschäft, jedoch nur deshalb, weil die Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden von der Öffentlichkeit getragen werden. Zudem stellen sich Geschäftsszenarien für neue Kernreaktoren als finanzielle Desaster raus, man nehme nur einmal Flamanville, Olkiluoto und Hinkley Point C als Beispiele. Ohne staatliche Unterstützung und andere Fördermaßnahmen wären die Kosten für neue Reaktoren im Vergleich zu erneuerbaren Energien viel zu hoch.
- Investitionen in Kernenergie bedeuten somit auch, dass ohnehin knappes Kapital für Energieprojekte in veralteter Technologie gebunden wird, anstatt die Mittel in flexiblere, erneuerbare Technologien zu stecken.

Wir fordern die Regierungen Europas und die Europäische Union zu Folgendem auf:

- Sofortige Einschränkung der Steuersenkungsoptionen für Atomkraftwerksbetreiber und Umleitung der entsprechenden Mittel in grüne Energie und ein grünes Versorgungsnetz.
- Unterbindung einer Förderung der Weiterentwicklung von Kernenergie mit öffentlichen Mitteln.
- Absicherung aktuell betriebener Kernkraftwerke gegen Terroranschläge.
- Kein Bau neuer Kernkraftwerke.
- Schrittweise Abschaltung aktuell betriebener Kernkraftwerke, beginnend mit alten

5. EGP-Tagung, Liverpool
30. März bis 2. April 2017
Angenommener EGP-Beschluss



Kraftwerken, solchen in erdbebengefährdeten Zonen und aller Kraftwerke, die nicht gegen Terroranschläge oder Flugzeugabstürze gesichert sind, insbesondere in Tihange und Doel in Belgien, Fessenheim und Cattenom in Frankreich, Beznau in der Schweiz und Dukovany in Tschechien. Unterbindung des Baus von Reaktoren der vierten Generation in Flamanville (EPR), China und Hinkley Point.

- Keine finanzielle Förderung für die Erforschung der Kernfusion, Transmutation und Kernreaktoren der vierten Generation.
- Unterstützung der Forschung an sauberer, grüner Energiegewinnung für Haushalte, Handel und Industrie und Entwicklung von Programmen und Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Senkung des Energieverbrauchs.
- Einsatz außenpolitischer Maßnahmen für den weltweiten Ausstieg aus der Kernkraft bei gleichzeitiger Einhaltung der CO₂-Budgets in Einklang mit dem Übereinkommen von Paris.
- Sichere Lagerung verbrauchter Brennstäbe und von Atommüll.
- Keine Finanzierung des Baus von Atomkraftwerken oder der Erforschung der Kernenergie durch EFSI oder EIB.
- Förderung einer Kampagne zur Aufdeckung der Lügen, die genutzt werden, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Kernkraft als Energiequelle unverzichtbar ist.
- Einstellung des Imports und des Verbrauchs von Kernenergie aus Nachbarländern.
- Anregung der Abwendung öffentlicher und privater Organisationen von der Kernkraft.